

Bonn, den 16. Mai 2018

Beschlussausfertigung: Solidarität mit den demokratischen Studierenden im Iran
Antragssteller: Fraktion der LUST
Sitzung des Beschlusses: 3. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 14.05.2018
Empfänger des Beschlusses: AStA-Vorsitz

Das XL. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

3. ordentlichen Sitzung vom 14.05.2018

mehrheitlich angehängten

Antrag der Fraktion der LUST,

ergänzt um eine korrekte Eingangsformel (Das SP möge beschließen),

verändert durch einen Änderungsantrag der Fraktion der Juso-HSG, das Wort „Kollaboration“ im letzten Satz des vierten Abschnitts durch „Zusammenarbeit“ zu ersetzen und den Satz „Außerdem sollen diese Möglichkeiten prüfen, progressive Kräfte der dortigen Zivilgesellschaft zu unterstützen“ ergänzt,

zur Solidaritätserklärung mit den demokratischen Studierenden im Iran

beschlossen.

Daniel Dejcman
– Erster SP-Sprecher –

Anlage:
Beschlossener Antrag

Solidarität mit den Protesten der demokratischen Studierenden im Iran

Ende 2017 und Anfang Januar 2018 fanden überall im Iran Demonstrationen von Menschen statt, die eines Regimes überdrüssig sind, das ihre Menschenrechte missachtet und lieber in internationalen Terrorismus und militärisches Hegemonialstreben investiert, als sich um das Wohlergehen seiner eigenen Bevölkerung zu kümmern. Kurz vor Silvester erreichte die Bewegung die Hauptstadt. An der Universität in Teheran skandierten die Studierenden: „Hardliner, Reformisten, euer Spiel ist aus!“ Das Regime ergriff brutale Mittel, um den Protest niederzuschlagen. Das Foto einer Kommilitonin, die inmitten einer Tränengaswolke die Faust gegen ihre Unterdrücker richtet, ging um die Welt.

Bei den Protesten forderten die DemonstrantInnen ein Ende des autoritären islamistischen Regimes. Damit riskierten sie Leib und Leben: Innerhalb der ersten sieben Tage wurden mehr als 20 Menschen getötet. Es wird angenommen, dass landesweit 1000 bis 1800 DemonstrantInnen inhaftiert wurden, unter ihnen fast 100 StudentInnen. Slogans wie „Mullahs geht nach Hause“ oder „Nieder mit der Islamischen Republik“ können im Iran als „Sünde gegen Gott“ verfolgt und mit dem Tode bestraft werden. RegimeanhängerInnen haben bereits Höchststrafen, wie die Todesstrafe, für einige Regimegegner gefordert.

Die repressiven Akte des iranischen Staates äußern sich im Besonderen gegen Frauen, da diese gegen die Hijab-Pflicht protestieren. Die Aktivistinnen der Kampagne #GirlsOfRevolutionStreet und 'My Stealthy Freedom' die demonstrativ ihr Kopftuch abnehmen und wie eine Fahne schwenken, werden derzeit häufig Opfer von Inhaftierungen. Wir fordern Solidarität mit den Frauen, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung eintreten, obwohl sie Repressionen zu fürchten haben.

Dass die Proteste vorerst beendet sind, bedeutet keinesfalls eine Verbesserung der Situation der IranerInnen, sondern begründet sich vielmehr in den repressiven Maßnahmen des iranischen Regimes. Diese reichen von der massiven Einschränkung und Sanktionierung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, über den Einsatz von Tränengas, bis zu tödlicher Gewalt. Dies allein sollte Anlass geben, in Deutschland die Beziehungen zum Iran zu hinterfragen. Eine deutliche Abgrenzung von der menschenrechtsverachtenden, antisemitischen, sexistischen und zu tiefst rückschrittlichen Politik des Regimes sucht man aber in Deutschland oft vergeblich. Die Studierendenschaft der Universität Bonn fordert daher die Stadt Bonn, das Land NRW, den Bund, den DAAD und selbstverständlich auch die Universität selbst auf, jedweder Kollaboration mit der Islamischen Republik zu entsagen und bereits bestehende Projekte einzustellen.

Begründung:

Die letzten öffentlichen Proteste im Jahr 2009, die sich gegen die Wiederwahl des auch hierzulande als „Hardliner“ geltenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad richteten, sind vom Regime ebenfalls gewaltsam unterdrückt worden. Seit Amtsantritt von Hassan Rohani als Präsident 2013 wird dieser als „moderater Reformier“ präsentiert, um den sogenannten Atomdeal mit dem Regime zu rechtfertigen. Tatsächlich wurden seitdem mehr Menschen hingerichtet als noch unter seinem Vorgänger, Frauen unterdrückt, Schwule und Oppositionelle verfolgt. Auch eine Abkehr von der Vernichtung Israels als Leitmotiv der Außenpolitik hat unter dem „moderaten Reformier“ nie stattgefunden.